

AfD Fraktion  
Hühnerhecke 23  
66903 Altenkirchen

**Antrag auf Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen unzureichender  
Finanzausstattung**

**Antrags Nr.:** 2025/001

**Antragsteller:** AfD-Fraktion Kreistag Kusel

**Datum:** Dienstag, 25. Februar 2025

**Adressat:** An die Kreisverwaltung Kusel, Herrn Landrat Otto Rubly, Trierer Straße 49-51,  
66869 Kusel

---

Sehr geehrter Herr Landrat des Landkreises Kusel,

sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

die finanzielle Situation des Landkreises Kusel ist unhaltbar! Die fortgesetzte und systematische Unterfinanzierung durch das Land Rheinland-Pfalz führt dazu, dass unser Landkreis in eine finanzielle Notlage gedrängt wird, die nicht nur unverantwortlich, sondern auch verfassungswidrig ist. Deshalb fordern wir mit Nachdruck die sofortige Einleitung einer Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz, um eine rechtmäßige und ausreichende Finanzausstattung über den Kommunalen Finanzausgleich zu erzwingen. Es geht hier nicht um freiwillige Leistungen, sondern um die Sicherstellung unserer gesetzlichen Pflichtaufgaben und die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung.

**Begründung:**

Die dramatische Verschlechterung der Haushaltslage des Landkreises Kusel ist nicht länger hinnehmbar. Während das Defizit 2024 bereits bei 15,9 Millionen Euro lag, explodiert es im Haushaltsplan 2025 auf erschreckende 23,8 Millionen Euro – ein untragbarer Anstieg um 7,9 Millionen Euro in nur einem Jahr. Ohne sofortige Gegenmaßnahmen wird unser Kreis finanziell handlungsunfähig!

Die Hauptursachen für diese katastrophale Entwicklung sind unter anderem :

**Explodierende Personalaufwendungen:** Ein Zuwachs von 2,556 Millionen Euro – eine Last, die der Kreis ohne angemessene Finanzierung durch das Land nicht stemmen kann.

**Untragbare Belastungen im Sozialbereich:** 2,783 Millionen Euro zusätzliche Kosten für Jugend- und Sozialhilfe, die ohne adäquate Unterstützung des Landes nicht tragbar sind.

**Kostenexplosion im ÖPNV und der Schülerbeförderung:** Eine Steigerung um 2,261 Millionen Euro, die das Land ignoriert.

**Ersatzloser Wegfall essenzieller Landeszuwendungen:** Besonders gravierend ist der Wegfall der 3,3 Millionen Euro aus dem Landesaufnahmegesetz.

**Steigende Infrastruktur-, Verwaltungs- und IT-Kosten:** Ein zusätzlicher Finanzbedarf von über 2 Millionen Euro, der schlichtweg nicht mehr gedeckt werden kann.

#### **Verfassungswidrige Politik des Landes Rheinland-Pfalz**

Das Land Rheinland-Pfalz verstößt mit seiner Finanzpolitik eklatant gegen das grundgesetzlich verankerte Konnexitätsprinzip („Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen). Neue oder erweiterte Ausgaben dürfen den Kommunen nur übertragen werden, wenn eine entsprechende Finanzierung sichergestellt ist. Die anhaltende Missachtung dieses Prinzips führt dazu, dass der Landkreis Kusel seine Pflichtaufgaben nicht mehr im vollen Umfang erfüllen kann.

Ein ähnlicher Fall liegt bereits mit der Klage unseres Nachbarkreises Kaiserslautern gegen das Land Rheinland – Pfalz vor. Dort wird argumentiert, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen gegen das verfassungsrechtlich garantierte Konnexitätsprinzip verstößt, wonach neue oder erweiterte Aufgaben von der Finanzierungsquelle entsprechend ausgestattet werden müssen. Die unzureichende Finanzausstattung führt zu einer faktischen Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und gefährdet die Erfüllung der Pflichtaufgaben.

Die anhaltende Unterfinanzierung der Kommunen in Rheinland-Pfalz hat bundesweite Tragweite. Zahlreiche Kommunen befinden sich in ähnlichen finanziellen Notlagen. Dies ist ein strukturelles Problem, das nicht durch bloße Konsolidierungsmaßnahmen vor Ort gelöst werden kann. Angesichts dieser Entwicklungen bleibt als einzig wirksames Mittel zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit eine Klage gegen das Land Rheinland – Pfalz.

#### **Forderung und Konsequenz:**

Die finanzielle Zwangslage unseres Landkreises ist das Ergebnis einer politischen Strategie des Landes Rheinland-Pfalz, die Kommunen bewusst auszutrocknen und in Abhängigkeit zu treiben. Dies werden wir nicht länger hinnehmen! Es ist höchste Zeit, den juristischen Weg zu beschreiten und eine Klage gegen das Land einzureichen. Wir fordern den Kreistag mit aller Entschlossenheit auf, diesem Antrag zuzustimmen und die Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz unverzüglich auf den Weg zu bringen. Jede Verzögerung bedeutet eine weitere Verschärfung der Finanzkrise unseres Landkreises und gefährdet unmittelbar unsere Handlungsfähigkeit. Lassen Sie uns gemeinsam für die finanzielle Gerechtigkeit und kommunale Selbstbestimmung eintreten!

Mit entschiedenem Grüßen

Alwin Zimmer

AfD-Kreistagsfraktion Kusel